



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 898 890

P/XV/1 - 2. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der Widerspruch unserer Zeit Von G. Markscheffel	72
3 - 4	Deutschlands Einheit und ihr Kuratorium Von Ulrich Lohmar, MdB	54
4 - 5	Deutsche Zeitungsleser in der CSR Immer neue Werbeaktionen der Prager Zeitung "Aufbau und Frieden"	47
6	"Bündnis der Freien" ? Theorie und Praxis	31

* * *

* *

Der Widerspruch unserer Zeit

Von G. Markscheffel

Das Jahr 1960 hat mit dem gewiß guten Vorsatz zahlreicher Staatsmänner begonnen, den Kalten Krieg zu beenden und eine Periode von internationalen Konferenzen einzuleiten, die der Minderung des Ost-West-Gegensatzes dienen sollen. Grundlage für diesen guten Vorsatz ist die inzwischen allseits zur Binsenwarheit gewordene Erkenntnis, daß die Fortsetzung des Wettrüstens selbst die reichsten Nationen zwar innerlich zerfressen würde, keinesfalls jedoch das durch Rüstungen theoretisch angestrebte Ziel, die Sicherheit, erreichen könnte. Außerdem ist im vergangenen Jahrzehnt die asiatisch-afrikanische Welt zu einem politischen Faktor geworden, der Ost und West gleichermaßen zur Neuordnung seiner Vorstellungen von Weltpolitik zwingt.

Der praktische Weg zur Entspannung dürfte über eine Reihe von Kompromissen auf allen Seiten führen, deren unmittelbare Auswirkungen jedoch nicht immer sofort sichtbar sein werden. Deswegen dürfte es gut sein, von den in Jahre 1960 bereits terminmäßig festgelegten Konferenzen keine allzu sichtbaren Erfolge zu erwarten.

Wir haben jetzt ein Jahrzehnt der primitivsten "Antipolitik" auf beiden Seiten hinter uns. Jede Seite war hierbei von der irrigen Voraussetzung ausgegangen, sie könne die andere im Schach halten und ihr Furcht einflößen. In gewissem Sinne mag dies auch zutreffend haben, aber das praktische Ergebnis war nicht erhöhte Sicherheit, sondern Unsicherheit.

Nun haben in den vergangenen zehn Jahren beide Seiten einen ungeheuren Rüstungsapparat aufgebaut, der eine Eigengesetzlichkeit jenseits der politischen Vernunft entwickelte, und dessen Aktionen oft im Gegensatz zu den auch in den vergangenen zehn Jahren gemachten Anstrengungen zum Stopp des Rüstungswettlaufs standen.

Es wird sich also bei den Konferenzen des Jahres 1960, aber auch bei den persönlichen Fühlungen der einzelnen Staatsmänner untereinander, darum handeln, eine Synchronisierung zwischen der deklarierten Politik und den Fakten der Rüstungsvorhaben bzw. Abrüstungsmaßnahmen zu erreichen. Bei diesem Versuch zur Auflösung der Widersprüche unserer Zeit ergibt sich naturgemäß zunächst die Aufgabe der Bereinigung der Mißtrauens-Atmosphäre, die das Ost-West-Verhältnis bis zur Stunde noch vergiftet.

Das beste Mittel hierfür dürfte in der Aktivierung der gegenseitigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen bestehen, mit deren Hilfe das Verständnis für das Miteinanderleben gefördert werden könnte. Amerikaner und Russen haben im vergangenen Jahr hierbei bereits einige Fortschritte erzielt, und es ist nicht einzusehen, warum nicht auch andere Staaten der westlichen Welt ihre Bemühungen zum Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Kontakte mit der Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten fortsetzen sollten. Diese Art von Kontakten könnten gewiß die direkte Fühlungnahme der Staatschefs und die hierbei zu erwartenden politisch-militärischen Diskussionen im günstigen Sinne beeinflussen.

Wir haben im Westen erlebt, daß die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands zu Alliierten eines Teils Deutschlands wurden, nachdem man während einer langer Periode zunächst nichts anderes getan hatte, als kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen. Nun mag dieser Vergleich insofern hinken, als es sich hierbei um Staaten handelt, deren gesellschaftliche Systeme sich einander ähneln, während die Welt des Ostens andere Vorstellungen von der Gestaltung des Lebens hat.

Aber ebenso wie im Westen sogenannte Erbfeind-Ideologien überwunden wurden, muß man mit Mut und Phantasie dieses Ziel auch in Richtung Osten ansteuern. Täte man es nicht, dann bliebe tatsächlich nichts anderes übrig, als die Fortsetzung des Wettrüstens mit der darin wesentlich einkalkulierten Möglichkeit der gewaltsamen Auseinandersetzung und gegenseitigen Zerstörung.

Es ist möglich, daß wir Deutschen, die wir an der Schnittfläche des Ost-West-Gegensatzes als geteiltes Volk leben müssen, in dem Bemühen um die Überwindung dieses Zustandes eine bestimmte Funktion zu erfüllen haben. Bei uns hat der Widerspruch dieser Zeit seinen stärksten Ausdruck gefunden. Wir spüren ihn nicht nur wegen unserer nationalen Not, sondern auch weil wir wissen, daß er, der Widerspruch dieser Zeit, ohne unser Zutun sicher nicht überwunden werden wird.

Das ist eine große Verantwortung, die uns aufgebürdet wurde. Schon das Jahr 1960 wird zeigen, ob wir uns dar durch die Geschichte gestellten Aufgabe würdig erweisen.

+ + +

Deutschlands Einheit und ihr Kuratorium

Von Ulrich Lohmar, MdB

Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" hat sich vor Jahren konstituiert, um ein dem Willen zur Verständigung förderliches Forum für die Meinungsbildung der Politiker zu schaffen und zugleich die Wiedervereinigung als das wesentliche Anliegen der deutschen Politik fest in der öffentlichen Meinung unseres Volkes zu verankern. Sind diese Ziele verwirklicht worden?

Man setzt die Arbeit des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" nicht herab, wenn man die Tatsachen so registriert, wie sie sind. Und da ist zu bemerken, daß sich die Kluft zwischen den beiden großen Parteien in der Bundesrepublik in der Einschätzung der Frage, wie man den Weg zur Einheit Deutschlands ebnen und öffnen könne, vertieft hat. Es steht weiter fest, daß viele Bürger in Westdeutschland - aus welchen Gründen auch immer - der Wiedervereinigung für die nahe Zukunft keine Chance geben und aus dieser Sicht die durchaus falsche Konsequenz ziehen, das Problem als solches auf sich beruhen zu lassen.

Für das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" bedeutet diese Lage, daß seine Arbeit schwieriger geworden ist, weil ein rascher Erfolg in der Wiedervereinigungspolitik kaum wahrscheinlich ist und eine Verständigung über vielleicht begehbare Brücken in absehbarer Zeit gleichfalls nicht zu erzielen sein dürfte. Aber genau in dem Maße, wie sich Anhänger der großen politischen Parteien aus diesen Erwägungen von der Arbeit des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" zurückziehen, dringen in dessen Kraftfeld Ideen und Leute ein, die man doch um der Wiedervereinigung willen nicht wirksam werden sehen möchte. Man begegnet dort mehr und mehr Menschen, die innerhalb der Parteien keinen Raum finden wollen oder können.

Das muß kein Anlaß zur Kritik sein, aber mögliche Fehlentwicklungen deuteten sich doch z.B. an in dem Auftreten von Korporationsstudenten auf dem Jahreskongreß in Berlin. Diese Studenten hielten

es für angemessen, in den Tagungsräumen ihre Mützen auf den Kopf zu behalten, und kein Mitglied des Präsidiums fand sich, um diesen Unfug zu steuern. Bedenklich ist es auch, wenn das örtliche Kuratorium in Münster Herrn Schlamm über seine abstrusen Absichten gegenüber der Sowjetunion reden läßt und dafür das Ausscheiden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kauf nimmt.

Diese vereinzeltten Erscheinungen können und sollen nicht verallgemeinert werden. Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" muß sich jedoch darüber klar bleiben, daß es weder eine Ersatzregierung noch eine Ersatzopposition sein kann, daß es keine Emotionen organisieren darf, hinter denen Vorstellungen politischer Art stehen, die miteinander unvereinbar sind. In der so schwierigen Situation des deutschen Volkes sollte das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" dagegen jede Möglichkeit nutzen, den persönlichen Kontakt der Bewohner beider Teile Deutschlands zu verstärken und den politisch verantwortlichen Gruppen exakte Übersichten an die Hand zu geben, wie die Situation der Menschen in ihren verschiedenen Lebensbereichen in West- und Mittelddeutschland sich gestaltet und zueinander verhält.

Auf diese Weise kann das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" am ehesten die Klammer bleiben, die die politischen Parteien im Gespräch aneinander bindet und in dessen Rahmen es möglich ist, neue Vorschläge für eine Politik der Wiedervereinigung zu diskutieren und dann in den Raum der Politik hineinwirken zu lassen.

+ + +

Deutsche Zeitungsleser in der CSR

(rh) - Den offiziell rund 180 000 Deutschen in der heutigen CSR, zu denen noch die anders versäpften Deutschen sowie eine beachtliche Zahl von Slowakei-Deutschen hinzukommen, die nicht als "Deutsche" geführt werden, steht nur die in Prag erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" zur Verfügung, die dreimal wöchentlich zum Einzelpreis von 50 Hellern (rund 30 Pfennigen) herausgegeben wird. Lediglich die Wochenendnummer ist mit acht bis zwölf Seiten Kleinformat reichhaltiger, die beiden anderen Ausgaben haben zumeist nur vier und höchstens sechs Seiten. Kommunistische Zeitungen aus der Sowjetzone, aus Österreich und der Sowjetunion können zwar in die CSR eingeführt werden, doch erreichen sie kaum jene Grenzgebiete, in denen die meisten Deutschen anzutreffen sind.

2. Januar 1960

Seit Jahren wird ein Ausbau der sehr kümmerlich gemachten Prager Zeitung und ihre eventuelle Umwandlung in eine Tageszeitung davon abhängig gemacht, daß mehr Leser gewonnen werden müßten. Mit einer Auflage von jetzt etwa 20 000 ist die Grundlage für eine Tageszeitung nicht gegeben. Im Sommer 1959 wurde eine große Werbeaktion abgeschlossen, bei der nur ein Kreis die gestellten Erwartungen so halbwegs erfüllte. Jeder der Kreise Aussig, Reichenberg, Karlsbad, Königgrätz und Olmütz (Nordmähren) sollte mindestens 500 neue Leser werben und womöglich die Zahl 1000 erreichen. Die übrigen Kreise mit deutschen Bewohnern (Pilsen, Budweis und Brünn) sollten zu diesem Werbeerfolg nach Möglichkeit beitragen. Lediglich der Kreis Aussig brachte etwas mehr als 500 neue Leser zusammen, in den übrigen Kreisen war das Ergebnis so minimal (Kreis Olmütz 20 neue Leser), daß die Werbeaktion im Herbst wiederholt werden mußte. Das Ziel war laut "Aufbau und Frieden" in den Kreisen Aussig und Reichenberg je 500 neue Leser und im Kreis Karlsbad 600 neue Leser.

Die Frist der Aktion lief am 12. Dezember 1959 ab. Es wurde mit Datum vom 10. Dezember ein Zwischenergebnis veröffentlicht. Möglich, daß es noch "Überraschungen" gibt, aber bisher hat nur der Kreis Reichenberg mit 779 neuen Lesern sein "Soll" überschritten. Davon wurden allein im Bezirk Gablonz 451 neue Abonnenten gewonnen. Die übrigen Kreise bleiben weit hinter ihrem Soll zurück. Karlsbad brachte es auf 215 neue Leser, Aussig meldete 158, Olmütz 59 und Königgrätz (mit Ostböhmen) sogar nur 31. Bis auf den Kreis Reichenberg war also die seit Anfang September laufende Werbeaktion eine ausgesprochene Pleite.

Man hatte alle Funktionäre sowie "Aktivisten" bei der Werbung eingesetzt und die Werber gingen von Wohnung zu Wohnung. "Für eine schlechte Zeitung haben wir kein Geld" war das Argument, gegen das die Werber nicht aufkommen konnten. Diese konzentrierten sich darauf, den Nachweis zu erbringen, daß die Prager Zeitung vor allem gegen die "drohende Kriegsgefahr" ankämpfe und daß sie "Mitsstreiter gegen die Mächtung des Krieges" sammle. Auch dieses Argument verfiel nicht so, wie man geglaubt hatte, sodaß der Prager Zeitung letzten Endes nichts anderes übrig bleiben wird, als besser und leserlicher zu werden.

+ + +

"Bündnis der Freien" ?

sp - Vier türkische Zeitungen sind kürzlich mit leeren Spalten auf der Titelseite erschienen. Der Grund: die Zeitungen hatten einen kritischen Bericht des Internationalen Presseinstituts in Zürich abdrucken wollen, der die Beschneidungen der Pressefreiheit in der Türkei zum Gegenstand hatte. Die türkische Regierung indes bestätigte die Richtigkeit dieses Berichts auf sinnfällige Weise: sie verbot seinen Abdruck, und so blieben denn also einige Spalten türkischer Zeitungen leer.

Dieser Vorfall ist, in erster Linie eine innertürkische Angelegenheit. Daß er hier besprochen wird, hat gleichwohl einen plausiblen Grund: es häufen sich nämlich in nachgerade beängstigender Weise die Anzeichen dafür, daß in Ländern, die dem Atlantikpakt zugehören, die Freiheit nur mehr für eine Gallionsfigur gehalten wird, mit der sich gut auf antisowjetischem Kurs segeln läßt, während man selbst keineswegs gesonnen ist, die Freiheit gewähren zu lassen. Da ist der NATO-Partner Portugal - ist da jemand, der im Ernst meint, er sei ein freier Staat? Da ist die Türkei mit ihrem jüngsten Beispiel von der Einschätzung der Freiheit. Da ist Spanien, das zwar noch nicht, nach dem Willen vieler maßgeblicher NATO-Politiker aber schon bald, Mitglied des Atlantikpaktes sein wird, obschon es in Madrid eine Diktatur reinsten Wassers gibt. Da ist schließlich auch die Bundesrepublik, in der die autoritären Züge der Regierung immer deutlicher werden.

Manchmal erscheinen in deutschen Zeitungen Anzeigen, in denen sich die NATO stolz als "ein Bündnis der Freien" empfiehlt und mit wohlgesetzten Worten die Freiheit als ein unteilbares Gut preist, das zu wahren und zu retten alle Partner des Paktes entschlossen seien. Ob denn die public-relations-Spezialisten der NATO und ob denn die Staatsmänner der NATO wirklich nicht merken, wie sich solche Beteuerungen angesichts des desolaten Zustandes ausnehmen, in dem sich die Freiheit in mehreren Ländern der NATO befindet?

-----+-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel